

„Mobilmachung“ in Erfurt

FDJ-Parlament: Kampf gegen Kirche und Pazifismus

Am 25., 26. und 27. Mai tagt in Erfurt das V. Parlament der kommunistischen FDJ. Im Anschluß daran findet das „Fest des Liedes und des Tanzes“ statt, auf dem die FDJ-Kulturgruppen zeigen, was sie den im August stattfindenden Warschauer „Weltjugendfestspielen“ zu bieten haben. Hinter dieser demokratisch-fröhlichen Fassade spielt sich der Schlußakt einer Entwicklung ab, die von den 1945 in der Zone gebildeten freien Jugendverbänden über Blauhemd und FDJ-Koppel zur deutschen Komsomolzen-Organisation führen mußte. In Erfurt wird das letzte Hindernis beseitigt, das einer solchen Entwicklung noch im Wege stand: Die — wenn auch mehrfach geänderte — FDJ-Verfassung. Obwohl sie unter Punkt 3 der Tagesordnung steht, ist sie der Hauptanlaß der Erfurter Tagung.

Die neue FDJ-Verfassung berücksichtigt alle Schwierigkeiten, an denen die totale Unterordnung der FDJ unter die Parteiziele bisher gescheitert ist. Ihre im Statuten-Entwurf festgelegten wichtigsten Punkte sind: Kampf gegen Kirche und Pazifismus, für Militarisierung und Produktionssteigerung.

Dazu heißt es wörtlich: „Jedes Mitglied der FDJ hat die Pflicht, für die Sache der Verteidigung der DDR persönliche Opfer zu bringen; die bewaffneten Kräfte und die staatlichen Sicherheitsorgane (SSD!) zu unterstützen sowie staatliche und militärische Geheimnisse (auch solche der vormilitärischen Ausbildung!) zu wahren.“

Und, unter Absatz IX: „Das Mitglied der FDJ betrachtet es als eine ehrenvolle patriotische Pflicht, den Dienst in den bewaffneten Kräften gewissenhaft zu erfüllen und in der militärischen und politischen Ausbildung an der Spitze zu stehen.“

Rekrutierungsgrenze heraufgesetzt

Da die Mitgliedschaft in der FDJ nach dem neuen Statut vom 14. bis zum 26. Lebensjahr gilt und ein freiwilliger Austritt so gut wie unmöglich ist, sind alle Jugendlichen zwischen 17 und 26 Jahren jetzt für die

KVP-Werber vogelfrei, sofern sie das Mitgliedsbuch der FDJ besitzen. Die Rekrutierungsgrenze ist damit von 23 auf 26 Jahre heraufgesetzt.

Ein weiterer Absatz des Statuts bestimmt, daß einfache Mehrheitsbeschlüsse jeder Grundorganisation bindend sind. Verbandsbeschlüsse wiederum sind von den Grundeinheiten ohne Widerspruch durchzuführen.

Die Diskussion um die Jugendweihen hat FDJ und SED zu dem Entschluß gebracht, einen offensiven Kampf gegen die Kirche und den christlichen Glauben zu beginnen. Da die sowjetzonale Verfassung Glaubensfreiheit garantiert, ist es der FDJ auch in ihrem Statut nicht möglich, die Kirche offen als einen Gegner zu diskreditieren.

Aus diesem Grund findet sich unter Paragraph I, Absatz e die Pflicht eines jeden FDJ-Mitgliedes, gegen „Aberglauben“ zu kämpfen. Wer die letzten Diskussionen im sowjetischen Komsomol-Verband verfolgte, konnte feststellen, daß der christliche Glaube von den Kommunisten eindeutig unter den Begriff des „Aberglaubens“ eingestuft worden ist. Es wäre naiv, zu vermuten, daß sich die FDJ in den auf diese Klassifikation folgen-

den Diskussionen eine andere Auslegung suchen wird.

Viele Jugendfunktionäre berichten dazu über ein Anwachsen atheistischer Parolen und Argumente in den Schulungsunterlagen der verantwortlichen FDJ-Organe. Der Kampf gegen die Kirche ist somit auch hier im neuen FDJ-Statut verankert.

Unumschränkte Gewalt

Der im Statut festgelegte Organisationsaufbau beruht auf dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, das heißt, auf der absoluten Führung durch die von der Partei eingesetzten FDJ-Organe.

In der Praxis bedeutet das: Jeder FDJ-Funktionär ab Kreissekretär muß von der parallelen SED-Instanz bestätigt werden. Jeder FDJ-Funktionär ab Gruppen-Sekretär muß von der nächsthöheren Instanz bestätigt werden. Dagegen kann jede dieser Instanzen von oben herab jeden ihr genehmen Funktionär ohne Diskussion durch eine Mitgliederversammlung einsetzen.

Das höchste Organ der FDJ ist fortan der „Verbandskongreß“. Er tagt in der Regel alle vier Jahre. Daneben herrscht unumschränkt der in allen Funktionen vom SED-Zentralkomitee bestätigte FDJ-Zentralrat.

Er leitet auch die unter Führung der unteren FDJ-Organe in den Schulen gebildeten „Pionier“-Grundeinheiten, in denen die sechs- bis vierzehnjährigen Kinder auf ihren Einsatz in der FDJ und später der SED vorbereitet werden.

Das alles haben die FDJ-Mitglieder von Erfurt zu erwarten. Es ist der Abschied vom „frohen Jugendleben“.

Nun wird es bald Ernst!

DT. Das Problem der Neutralität ist heute zum Thema Nr. 1 der internationalen Diskussion geworden. Es gibt in der internationalen Politik aber kaum einen Begriff, der so bunt in vielen Farben und Möglichkeiten schillert, wie der Begriff der Neutralität mit seinen Ablegern „Neutralisierung“ und „Neutralismus“.

Man braucht, um das bestätigt zu finden, nur das früher von Moskau so verleumdete Beispiel der Schweiz oder die ganz anders geartete Neutralität Schwedens oder den neuen europäischen Neutralen, Österreich, oder den von anderen erstrebten Block neutraler Staaten als „dritte Kraft“ oder schließlich den sowjetischen Spuk eines vorgelagerten „neutralen Gürtels“ zu betrachten. Das in diesen Verbindungen gebrauchte Kennzeichen „neutral“ hat in jedem der Fälle eine andere Bedeutung.

Eindeutig klar ist nur, was Moskau selbst unter Neutralität versteht: nämlich die Ausschaltung gewisser strategisch und militärisch interessanter Räume und Völker aus der machtpolitischen Rechnung zwischen der Sowjetunion und den USA.

Es ist dabei bezeichnend und sogar verdächtig, daß die Neutralisierungspolitik der Sowjets ausschließlich auf Länder und Völker zielt, die außerhalb des großen „Friedenslagers“ stehen und sich zur freien Welt kennen.

Neutralität ist nicht Sicherheit!

In dem Streben nach Neutralität oder „Bündnislosigkeit“, oder wie man diesen Zustand immer nennen mag, äußert sich in unserer friedlos gespaltenen Welt der Wunsch nach Sicherheit. Dieser Wunsch ist gewiß ehrlich, aber er ist auch irrig. Es gibt in der modernen Geschichte genügend Beispiele dafür, daß die frei gewählte Neutralität und sogar die vertraglich garantierte Neutralisierung nicht davor bewahren konnten, in den Krieg anderer hineingezogen zu werden.

Diese Beispiele lehren, daß die Neutralität nur dann eine gewisse Sicherheit gewährt, wenn sie mit einer den Angreifer abschreckenden Macht individueller oder kollektiver Art und dazu mit dem Willen verbunden ist, sie auch bis zum äußersten Einsatz zu gebrauchen.

Weder die Sowjetunion noch Frankreich würden jedoch heute — wir sagen heute! — bereit sein, einem vereinten Deutschland diese Macht zu geben.

Die Gefahr ist um so ernster, je mehr die Neutralität zu dem gesinnungsmäßigen Ohne-mich des „Neutralismus“ wird, den der frühere französische Außenminister Bidault kürzlich folgendermaßen kennzeichnete: „Die Neutralisten sind gegen jede vorhandene und sogar jede denkbare Form des Widerstandes gegen den Kommunismus.“ Die Zukunft eines in Freiheit geeinten Deutschlands am Rande der in Entwicklung begriffenen Koexistenz hängt davon ab, daß diese kraftlose Resignation in unserem Lande nicht heimisch wird.

Eine heikle Debatte

Die heute in voller Entfaltung begriffene diplomatische Situation ist nicht dazu geeignet, um den Bundeskanzler, wie es die SPD getan hat, mit einer Reihe von Fragen zu einer Erläuterung seiner Wiedervereinigungspolitik zu drängen. Für den verantwortlichen Staatsmann ist es unmöglich, vor dem Beginn einer großen internationalen Konferenz seine Maximal- und Minimallösungen darzulegen. Noch weniger kann er sich über die diplomatische Taktik äußern.

Je mehr wir uns in der parlamentarischen Debatte auf den Weg begeben, auf dem Moskau ebenso beweglich wie zielstrebig seine Maximalforderungen in der Deutschlandfrage zu verwirklichen sucht, um so weiter werden wir im Endergebnis hinter dem zurückbleiben, was wir im Interesse der Freiheit und Sicherheit unseres Landes unbedingt erreichen müssen.

Wir dürfen auch nicht die großen Schwierigkeiten verkennen, unter denen wir gezwungen sind, eine angemessene Lösung der Deutschlandfrage

zu sichern. Der Weg zu diesem Ziele wird über den härtesten diplomatischen Kampf führen, den wir seit langem erlebt haben. Es gibt keine bessere Methode, sein Ergebnis zu verschlechtern oder ihn gar zu verlieren, als den Sowjets sozusagen auf silberner Schüssel ein neutrales Deutschland oder eine sonstige „Ohne-mich-Lösung“ zu servieren.

Der Ausgleich mit ihnen wird kommen, und zwar auf einer den deutschen und europäischen Interessen entsprechenden Grundlage, die schließlich auch Moskau annehmen kann. Das setzt jedoch voraus, daß wir, eng verbunden mit unseren Freunden, hartnäckig um eine Lösung ringen, die besser ist, als Moskau sie uns heute anbietet.

Und der deutsche Streit?

Noch niemand vermag heute zu sagen, wie die Lösung der Deutschland-Frage im einzelnen aussehen wird. Sie wird vermutlich anders und umfassender sein, als es in der Neutralität dieses oder jenes Landes oder einer Gruppe von Ländern zum Ausdruck kommt. Die Vorstellung eines europäischen Sicherheitssystems, an dem selbstverständlich auch die USA beteiligt sein würden, spielt in der Planung aller Beteiligten eine nicht geringe Rolle. Hier gibt es auch bereits Berührungspunkte zwischen Regierung und Opposition, die ebenso in der Ablehnung eines sogenannten „Gürtels neutraler Staaten“ sichtbar geworden sind.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit kann indessen gesagt werden, daß die Lösung, die Regierung und Opposition in gemeinsamer Außenpolitik erringen könnten, immer die bessere wäre. Sowohl die Entwicklung in der internationalen Politik, als auch gewisse Einsichten der SPD, die in letzter Zeit laut geworden sind, lassen wenigstens die Hoffnung zu, daß die deutschen Interessen auf den kommenden internationalen Konferenzen mit dem Gewicht einer größeren deutschen Geschlossenheit nachdrücklicher vertreten werden können, als es sonst der Fall sein würde. Wir brauchen diese gemeinsame Politik — denn nun wird es bald Ernst!

Forschungsbeirat tagte

Bonn (AP). Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung hat seine Beratungen über wirtschaftliche Folgen der Wiedervereinigung fortgesetzt. Er beschäftigte sich vornehmlich mit dem Verhältnis von Erzeugung und Verbrauch in der Metallindustrie der Sowjetzone und mit den Folgerungen, die sich nach der Wiedervereinigung auf diesem Gebiet ergeben werden.

Feuchtwangen (DPA). Die vom Kuratorium „Unenteilbares Deutschland“ in Bonn erstrebte Wiedervereinigung soll in nächster Zeit in großen Kundgebungen, vor allem in Süddeutschland, propagiert werden.

Puschkin sagte „njet“

Vierertreffen über Straßenzoll ohne Ergebnis

Berlin (Eigenmeldung / DPA / AP). Die Berliner Konferenz der drei westalliierten Botschafter mit dem sowjetischen Oberkommissar Puschkin über die von den Sowjetzonenbehörden am 1. April eingeführten erhöhten Straßengebühren ist ergebnislos verlaufen. Puschkin bestand darauf, daß die Behörden der Sowjetzone und der Bundesrepublik direkt über die Gebührenfrage verhandeln. Der westalliierte Vorschlag, deutsche Sachverständige sollten eine Lösung vorbereiten und den Alliierten vorlegen, wurde abgelehnt. Angesichts dieser sowjetischen Haltung haben die drei Botschafter beschlossen, die Angelegenheit ihren Regierungen zu überweisen.

Zuständige westalliierte Kreise in Berlin vertreten die Ansicht, die Frage einer Anerkennung der Sowjetzonen-Republik habe bei den Beratungen, obwohl sie nicht erwähnt wurde, eine wichtige Rolle gespielt.

DT. Der trügerische Schein der „Souveränität“ der DDR soll wenigstens in dieser verhältnismäßig bescheidenen Verwaltungsangelegenheit gewahrt werden. — vielleicht gerade deshalb, weil in den höheren politischen Entscheidungen Panikows von dieser Souveränität keine Spur zu sehen ist.

Alles für die Wiedervereinigung

Jakob Kaiser: Neue Phase der Politik

Berlin (Eigenbericht). Bundesminister Jakob Kaiser wandte sich in einer Rundfunkansprache gegen Behauptungen, daß der Eintritt der Bundesrepublik in die NATO eine Versteinerung der deutschen Teilung bedeuten würde. Die politischen Tatsachen sprächen offensichtlich eine andere Sprache. Er wies darauf hin, daß die Politik der großen Mächte mehr denn je in Bewegung geraten sei. Die Ereignisse dieser Wochen könnten nicht anders gedeutet werden, als daß eine neue Phase der Politik begonnen habe.

Bei allen Mächten habe sich wachsend die Überzeugung durchgesetzt, daß eine dauerhafte Regelung der europäischen Verhältnisse ohne die Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich sei.

Bisher habe man es sich in der Beurteilung der deutschen Situation mitunter etwas leicht gemacht. Man habe das Behagen eines neuen Wohlstandes in

weiten Kreisen der Bundesrepublik beobachtet, aber übersehen, daß sich kein Deutscher über die Zerrissenheit seines Volkes hinwegtäuschen lassen könne. Wenn Präsident Eisenhower von seiner Hoffnung spricht, „daß die Wiedervereinigung Deutschlands Gesprächsthema der bevorstehenden Konferenz der vier Regierungschefs sein wird“, und wenn Außenminister Dulles erklärt, er glaube, daß die politischen Ereignisse der jüngsten Zeit in der Tat einen Wendepunkt in der Weltgeschichte bedeuten könnten, so dürfen auch wir Deutschen hoffen.

Hinsichtlich des in letzter Zeit wieder wachsenden Flüchtlingsstroms gab der Minister seiner Sorge um Mitteldeutschland Ausdruck. Er sagte, wenn jemals, dann sei es gerade in diesen Monaten geboten, an der Heimat festzuhalten.

Politik Adenauers bestätigt

CDU-Wahlerfolg in Rheinland-Pfalz

Mainz (AP/DPA). Rheinland-Pfalz wird in der vierjährigen Legislaturperiode aller Wahrscheinlichkeit nach wiederum von einer CDU-FDP-Regierung regiert werden.

Mit 51 der 100 Mandate verfügt die CDU im neuen Landtag über die absolute Mehrheit.

Gegenüber den vorherigen Landtagswahlen 1951, bei denen sie 43 Mandate errang, bedeutet die Zunahme einen beträchtlichen Erfolg.

Politische Kreise in Bonn sehen in dem Erfolg der CDU in Rheinland-Pfalz eine volle Bestätigung der Außenpolitik des Bundeskanzlers.

So wählte Rheinland-Pfalz

	Landtagswahl vom 15. 5. 1955		Landtagswahl v. 29.4.51		Landtagswahl v. 6.9.53	
	Stimmen	Prozent	Sitze 1951	Prozent	Prozent	
CDU	741 568	46,8	51 (43)	39,2	52,1	
SPD	501 748	31,7	36 (38)	34,0	27,2	
FDP	201 839	12,7	13 (19)	16,7	12,1	

Die übrigen Parteien bzw. Splittergruppen, KPD, EHE, Bund der Deutschen, Freie Wählergemeinschaft, Deutsches Landvolk und Partei der jungen Deutschen, blieben unter der Fünfprozentklausel.

Der Konferenzplan Washingtons

Weltweite Diskussion um neutralen Gürtel

Washington (AP/DPA). Die geplante Konferenz der „Großen Vier“ stand im Mittelpunkt einer Pressekonferenz, die Präsident Eisenhower im Weißen Haus abhielt. Bei der Erörterung eines Sicherheitsgürtels neutraler Staaten in Mitteleuropa, wie sie der sowjetischen Politik anscheinend vorschwebt, machte der Präsident einen klaren Unterschied zwischen Neutralität und Neutralisierung.

Der Präsident wies von sich aus auf die wachsende Tendenz hin, eine Reihe neutraler Staaten in Mitteleuropa zu schaffen. Offensichtlich sei diese Frage, so sagte er, auch ein Grund für den Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin bei Tito. Man müsse jedoch unterscheiden zwischen Neutralisierung und Neutralität. Österreich sei durch den Staatsvertrag zwar neutral, nicht jedoch machtlos geworden. Die bewaffnete Neutralität Österreichs sei ebenso wie die der Schweiz etwas ganz anderes als eine Neutralisierung, die ein militärisches Vakuum schaffe.

Entschieden lehnte der Präsident den Gedanken ab, daß er auf einer Viermächtekonferenz auf eine sowjetische Beschwichtigungspolitik hereinfließen könnte. Beschwichtigung bedeute immer „den Verrat der Rechte anderer Völker, um die Ziele des eigenen Landes zu fördern“, und dem werde er in keinem Falle zustimmen.

Als Zweck der geplanten Viererkonferenz bezeichnete Eisenhower die Suche nach einer Lösung der internationalen Probleme. Er nannte dabei insbesondere folgende Fragen: Die Wiedervereinigung Deutschlands, den Status der europäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion und die Durchdringung vieler Länder durch das

kommunistische Informationsbüro Kominform.

Diese Äußerungen Präsident Eisenhowers haben eine weltweite Diskussion entfacht. Amtliche amerikanische Kreise ergänzten, daß im Mittelpunkt aller Fragen das Deutschlandproblem stehe und daß die Neutralität, die Moskau für ein wiedervereinigtes Deutschland im Auge habe, eine waffenlose Neutralität sei. Diese Art der Neutralität werde von den USA entschieden abgelehnt. Außenminister Dulles hat inzwischen noch einmal eine Neutralisierung der Bundesrepublik oder eines wiedervereinigten Deutschlands abgelehnt.

Erste Schritte zur Aufrüstung

Die Finanzierung ist gesichert

Bonn (Eigenmeldung). Das Amt Blank trifft jetzt verstärkt alle Vorbereitungen für die deutsche Aufrüstung. Zunächst sind drei Schritte zu erwarten: Die Anforderung von 170 Millionen DM für die Anlaufzeit, die Einberufung einer ersten Gruppe von höheren Offizieren zur Ausbildung und die Vorlage des „Soldatengesetzes“, das die Grundlage für den Wehrdienst der Freiwilligen bilden soll. Alle drei Schritte sollen erfolgen, bevor der Bundestag Mitte Juli in die Sommerferien geht.

Um das erforderliche Geld

Der italienische Ministerpräsident Scelba erklärte, Italien werde niemals seine Allianz mit dem Westen gegen einen Neutralitätskurs aufgeben.

Die von der Regierung kontrollierte jugoslawische Presse, die parteiamtliche „Borba“, und die „Politika“, sprachen sich für eine bewaffnete Neutralität und eine aktive Koexistenz aus. Jugoslawien habe nicht die Absicht, zu einem Pufferstaat zwischen Ost und West zu werden, denn Pufferstaaten seien Objekte der internationalen Politik.

Die französische Presse erörtert das Thema besonders lebhaft und stellt fest, daß nicht jeder Staat unter „Neutralität“ dasselbe verstehe. „Combat“ schreibt, es bestehe ein grundlegender Unterschied zwischen einem neutralisierten entwaffneten Deutschland, wie es manchen Neutralisten vor Abschluß der Pariser Verträge vorschwebte, und dem neutralen aber wiederbewaffneten Deutschland, das jetzt entstehen könnte.

braucht man sich im Amt Blank vorerst keine Sorgen zu machen. Von den neun Milliarden DM, die im Bundeshaushalt für Verteidigungsausgaben eingesetzt sind, können die Alliierten in diesem Haushaltsjahr nur noch rund 3,5 Milliarden für ihre Truppen anfordern. Mehr als 5,5 Milliarden bleiben also für die deutsche Aufrüstung. Wie verlautet, will das künftige Verteidigungsministerium zunächst 170 Millionen DM anfordern.

Die ersten Ausbildungslehrgänge, in denen die künftigen deutschen Ausbilder der deutschen Wehrmacht voraussichtlich zum großen Teil noch von ausländischen Fachleuten in dem Gebrauch moderner Waffen und den neuesten taktischen Grundsätzen unterrichtet werden, sollen in Sonthofen stattfinden. Die Ausbilder, die aus diesen Lehrgängen hervorgehen, sollen dann im Laufe des kommenden Jahres nach dem „Schneeballsystem“ die Unterbringung der Ausbilder im Offiziers- und Unteroffiziersrang übernehmen, denen frühestens Ende 1957 die ersten Rekruten anvertraut werden.

Der „Kommunist“ enthüllt

New York (AP). Der „Kommunist“, die führende sowjetische Monatszeitschrift für die Theorien des Weltkommunismus, hat in ihren beiden letzten Ausgaben klargestellt, daß die sowjetischen Zugeständnisse in der österreichfrage und anderen Punkten nur taktische Maßnahmen sind, daß sich aber an der grundsätzlichen kommunistischen Strategie nichts geändert hat.

Die Zeitschrift, die sich an

die führenden kommunistischen Funktionäre in aller Welt wendet, fordert dazu auf, alle „Feinde des Leninismus“ zu vernichten.

Die Zeitschrift fordert ferner erhöhte Aktivität der kommunistischen Parteien und „Friedensbewegungen“ im Westen und erklärt, der Kampf gegen die westliche Rüstung müsse bereits in der Rüstungsfabrik beginnen.

Der Zonen-Konsum ist unrentabel

Selbstverpflichtungen sollen Ertragslage verbessern

Auf dem III. Genossenschaftstag der sowjetzonalen Konsumverbände mußten die anwesenden 1200 Delegierten der Zone vor 500 angeblich westdeutschen Vertretern in rund 46 500 Einzel- und Kollektivverpflichtungen überplanmäßige Erträge und Kostensenkung von je 5 Prozent und eine überplanmäßige Erhöhung der Rentabilität um 25 Millionen Ostmark versprechen. Neben den üblichen politischen Resolutionen wurden die Erweiterung der ländlichen Konsumgenossenschaften, Verbesserung der Verkaufskultur, Erweiterung des Warensortiments usw. beschlossen.

Diese Beschlüsse sind völlig unreal. Es ist kein Geheimnis, daß die Ertragslage im sowjetzonalen Konsum ausgesprochen katastrophal ist. Seit Jahren tobt hinter den Leitungs- und Funktionärkulissen ein Kampf um die organisatorische Reform, um die Änderung der Statuten und um Zuständigkeitsfragen. Unter der Losung „Bewußte Kämpfer für den Sozialismus in die Verkaufsstellen“ schleuste die SED vor drei Jahren linientreue Genossen in die Konsumverwaltung.

Verluste über Verluste

Als im Jahre 1951/52 die Konsumgenossenschaften der damaligen Länder der SEZ aufgelöst wurden, hatte sich schon herausgestellt, daß lediglich im Lande Sachsen ohne Verlust gewirtschaftet worden war.

Seither hat sich die Finanzlage des Konsums weiterhin verschlechtert. Die DHZ (Deutsche Handels-Zentrale) übernahm eine Reihe von Großhandelsfunktionen, die besten Güter aus der laufenden Produktion erhielt die HO, es folgten Umorganisationen und das allgemeine Kollektiv-Chaos in den Leitungen. Die Verlustquoten, 1953 = 14,8 Mill. Ostmark, stiegen weiter.

Aber der Zonen-Konsum kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen kaum seine Bilanz ausgleichen. Ein Blick auf den Stellenplan einer mittleren Konsumgenossenschaft beweist, daß der Anteil der politischen Aufwendungen gegenüber den reinen Verwaltungsaufgaben überwiegt. So gelang es der SED, den Verwaltungsapparat so zu verändern, daß aus dem Handelsunternehmen eine politische Massenorganisation geworden ist. Den bisherigen beiden Vorständen wurde ein dritter für

„Kader und Arbeit“ beigegeben, der von der SED-Bezirksleitung eingesetzt wird.

Dritter Vorstand

Dieser neue Vorstand baute sich einen verschiedenen Abteilungen umfassenden Apparat zur Überwachung, Schulung und Bespitzelung auf.

Da ist die Abteilung „Personal und Arbeitskraft“ mit 16 Angestellten, von denen 8 reine Beobachtungs-, sprich Spitzelaufgaben zu erfüllen haben. Die Kosten dafür betragen 3700 Ostmark. Die Schulungsabteilung verschlingt 1350 und die Abteilung zur politischen Lehrlingserziehung 1810 Ostmark. Der SED-Parteisekretär erhält mit Hilfskraft usw. 1920 Ostmark. Weitere 5600 Ostmark sind für die Abteilung „Massenpolitische Arbeit“ vorgesehen.

Selbstverständlich dürfen alle Funktionen nur von ausgewählten und verlässlichen SED-Genossen übernommen werden. Insgesamt 16 270 Ostmark, das sind 58 % der Gesamtverwaltungskosten einer mittleren Konsumgenossenschaft, werden so für spezifisch politische und propagandistische Aufgaben verwandt.

Lieferungsrückstand der Sowjetzone

Bonn (AP). Die Erteilung von Warenbegleitscheinen für Interzonen-Lieferungen ist von westdeutscher Seite wegen des hohen Lieferrückstandes der Sowjetzone vorläufig stark eingeschränkt worden.

Nach dem Stand vom 30. April weisen alle vier Verrechnungskonten einen erheblichen Saldo zugunsten der Bundesrepublik auf. Das Bundeswirtschaftsministerium betonte, daß die Bundesrepublik aus verständ-

lichen Gründen zu Vorleistungen nur bis zu einem gewissen Umfang in der Lage sei. Sie könne besonders im Hinblick auf die noch nicht geklärten Verkehrsfragen im Interzonenverkehr das Risiko nicht über Gebühr erhöhen.

Unter diesen Verhältnissen ist es nicht verwunderlich, daß der Zonen-Konsum seit Jahren keine Umsatzrückvergütungen mehr zahlen kann. Wenn einige Genossenschaften doch 1 bis 2 % aufbrachten, dann nur auf energisches Drängen der Konsum-Mitglieder.

Nun will man auch noch das Statut ändern und die Umsatzrückvergütung ganz abschaffen. Die in den vergangenen Jahren fälligen Prämien sollen der Stärkung des genossenschaftlichen Vermögens dienen, d. h. festverzinsliche Geschäftsanteile werden.

Eine Änderung der Statuten bedarf aber der Zustimmung der 2,7 Millionen Konsum-Mitglieder. Deshalb mußten die SED-Genossen unter den Konsum-Mitgliedern die Statutenänderung „spontan“ beantragen. Aber auch auf dem Leipziger Genossenschaftstag wurde dieses Problem nur vorsichtig erwähnt, da eine groß angelegte Aktion zu viel Staub aufwirbeln würde. Vorbereitende Einzelaktionen und Versammlungen von kleineren Mitgliedergruppen erscheinen der SED für ihre Regie geeigneter. Die Diskussionen dieser Mitgliederversammlungen sollen, wie in Leipzig gefordert wurde, unter den Losungen des gegenwärtigen politischen Kampfes erfolgen. Das heißt, daß die Agitation gegen die Pariser Verträge auch noch dazu dienen soll, die Konsum-Mitglieder zu veranlassen, freiwillig auf einen Nutzen zu verzichten, der sie eigentlich erst bewegt, der Genossenschaft beizutreten.

Auf den vier Konten stehen westdeutschen Lieferungen in Höhe von 84,8 Mill. Verrechnungseinheiten Bezüge von nur 52,5 Mill. gegenüber.

Propaganda wirkt als Bumerang

Beitritt zu den Kampfgruppen wird verweigert

Berlin (Eigenbericht). Pankows heftige antimilitaristisch-pazifistische Propaganda gegen die Bundesrepublik und den westlichen Verteidigungspakt hat, wie das SED-Politbüro in seiner letzten Sitzung feststellen mußte, die unerwartete Wirkung eines Bumerangs. Sie prallt nämlich insofern auf ihre Urheber zurück, als die Bevölkerung der Sowjetzone dadurch ihrerseits zu einer verschärften Ablehnung aller von der Regierung Grotewohl-Ulbricht angeordneten Aufrüstungsmaßnahmen veranlaßt wird.

Dem Politbüro lagen bei dieser Gelegenheit zahlreiche Berichte der Betriebsparteiorganisationen (BPO) der SED über das völlige Versagen der Rekrutierungskampagne für die bewaffneten Kampfgruppen in den volkseigenen Betrieben vor. Sie zeigten, eine wie schlechte Technik das Sprechen in zwei verschiedenen Sprachen, der friedlichen für die Propaganda nach außen und der kriegerischen für die Werbung im Innern, darstellt.

So wurde im Protokoll über die letzte Sitzung der BPO des VEB Maschinenbau Ernst Thälmann, den früheren Waffenfabriken in Suhl (Thüringen), die 3600 Arbeiter beschäftigten, im einzelnen berichtet, auf welchen allgemeinen Widerstand die SED-Funktionäre bei der Werbung von Parteimitgliedern zum Eintritt in die Kampfgruppen stoßen. In zahlreichen Fällen wurde der Beitritt mit der Begründung abgelehnt: „Ein Gewehr will ich niemals mehr tragen. Das habe ich mir geschworen und dabei bleibe ich.“

Auf die Gefahr der internationalen Situation und auf die Notwendigkeit der Abwehr gegen die „Aggression der westlichen kapitalistischen Mächte“ hingewiesen, lautete oftmals, ganz im Widerspruch zur Parteidoktrin, die Antwort: „Daran glaube ich nicht. Uns greift ja gar keiner an. Warum haben wir auch mit der Vopo angefangen?“

Viele Parteimitglieder versuchten, sich unter Hinweis auf ihre schlechte Gesundheit vor der Beteiligung an den Kampfgruppen einfach zu drücken. Dazu meint der BPO-Sekretär spöttisch: „Wir scheinen eine Partei von Herzkranken zu sein.“

VEB Braunkohle in Brieske, Kreis Senftenberg, meldete die gleiche ablehnende Haltung un-

ter den Bergarbeitern im Kohlengebiet der Niederlausitz.

In diesem Grubengebiet mit 2500 Arbeitern und Angestellten, davon 650 SED-Parteimitgliedern, sollte laut Parteianweisung bis zum 1. Mai eine Kampfgruppe in Stärke von 400 Mann rekrutiert, bewaffnet und uniformiert werden. Tatsächlich traten aber nur 80 Mann den Kampfgruppen bei, trotzdem die

Moskaus neueste Rangliste

Marschälle kommen nach Chefredakteuren

In Moskau ist eine neue politische-diplomatische Rangliste aufgestellt worden, nach der die sowjetische Prominenz bei allen öffentlichen und gesellschaftlichen Veranstaltungen in der russischen Presse und im Rundfunk genannt wird.

Wurden in der stalinistischen Ära die Mitglieder des Politbüros noch in der Reihenfolge ihrer Bedeutung innerhalb des Regimes aufgeführt, so begann man danach im Zeichen der kollektiven Führung die Namen nach dem Alphabet zu nennen, um so ihre Ranggleichheit zu betonen. Inzwischen ist man dazu übergegangen, die höchsten Staats- und Parteifunktionäre in gewisse Gruppen einzuteilen.

Die erste Gruppe der Sowjetprominenz, genannt die „Führer der Sowjetischen Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung“ sieht nach dem russischen Alphabet folgendermaßen aus: Bulganin, Woroschilow, Kaganowitsch, Malenkov, Mikojan, Molotow, Perwuschkin, Saburow und Chrustschow. Dann folgen die Sekretäre des kommunistischen Zentralkomitees Pospelow und Suslow.

Die dritte Gruppe bilden die sechs stellvertretenden Ministerpräsidenten des Ministerrates der UdSSR, während die ersten

Parteifunktionäre schließlich sogar mit Parteausschluß drohten.

Beim VEB K-Bau in Kottbus stieß die Werbekampagne auf die Ablehnung der acht Mitglieder der Bau- und Betriebsleitung, die alle das Mitgliedsbuch der SED in der Tasche haben und von denen fünf sogar der BPO-Leitung, also der SED-Parteizelle, angehören.

Als der BPO-Sekretär diese „Sabotage“ der Kreisleitung Kottbus meldete, wurde sofort ein Parteiverfahren gegen die Schuldigen eingeleitet.

In einer Sondersitzung unterwarfen sich dann zwei der acht Angeklagten. Die anderen sechs blieben dagegen auch vor der Kreisleitung bei ihrer ursprünglichen Weigerung, den Kampfgruppen beizutreten.

stellvertretenden Ministerpräsidenten ja bereits in der Spitzengruppe enthalten sind. Es schließen sich an viertens der Präsident des Präsidiums des Obersten Sowjets, M. P. Tarasow, und fünftens der Ministerpräsident der RSFSR, Pusanow. Erst danach kommen an sechster Stelle die Minister der sowjetischen Zentralregierung.

Die nächsten Würdenträger sind der Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets Pegow, der Präsident der Staatsbank Popow, der Präsident des Obersten Gerichtshofes Wolin, der Präsident der Akademie der Wissenschaften Nesmejanow und der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Jugend Schelepin.

Nunmehr stehen an 13. Stelle der „verantwortliche Direktor der TASS“, N. G. Palgunow, an 14. Stelle der Chefredakteur des kommunistischen Zentralorgans „Prawda“, D. T. Schepilow, an 15. Stelle die Namen der Chefredakteure der anderen Moskauer Tageszeitungen sowie an 16. und 17. Stelle die des Präsidenten des Exekutiv Ausschusses des Sowjets der Provinz Moskau (Wolkow) und der Stadt Moskau.

Endlich an 18. Stelle, also recht weit hinten, rangiert dann die unlängst erweiterte Gruppe der Marschälle der Sowjetunion.



Lächle, Genosse!

Berlin (Eigenmeldung). Mit Mißfallen hat das SED-Mitglied im Rat des Bezirks Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) Rätzer, in einem Zeitungsartikel festgestellt, daß die SED-Genossen das Lachen verlernt haben.

„Das ist durchaus keine lächerliche Angelegenheit“, meinte er. Genossen, die lächeln, brauchen nicht zu befürchten, deshalb als „Versöhner“ angesehen zu werden. Solche Genossen allerdings, deren eisernes Gesicht nichts von Optimismus und Zukunftsfreude verrät, würden nicht gerade Vertrauen erwecken.

„Hetze“ auf russisch

Berlin (DPA). Zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte das Ostberliner Stadtgericht den Ostberliner Otto Grohmann, der der „friedensgefährdenden faschistischen Propaganda“ für schuldig befunden wurde. Der Verurteilte hatte kurz vor den Volkskammerwahlen im Oktober 1954 in ange-trunkenem Zustand auf den Wahlakt geschimpft und soll außerdem den Sowjet-zonenpräsidenten Pieck verächtlich gemacht haben. Das Gericht bezeichnete die Handlung Grohmanns als besonders verwerflich, weil er sich bei seinen „hetzerischen Äußerungen“ teilweise der russischen Sprache bediente. Dadurch habe er auch die Sowjetbürger verächtlich gemacht.

Sanitätsfeldwebel foppte die SED

Seit die SED ihren gesamten medizinischen Nachwuchs in erster Linie auf dessen Militärverwendung prüfen muß, ist der Bedarf an Ärzten in der Sowjetzone noch größer geworden. Deshalb versucht das Ministerium für Gesundheitswesen immer wieder Ärzte aus der Bundesrepublik anzuwerben. Meist besteht aber wenig Neigung, ein „Zonen-Intelligenzler“ zu werden. Um so hastiger greift die SED nach jedem, der bereit ist, ihr Angebot anzunehmen. Das wurde ihr kürzlich zum Verhängnis.

Da meldete sich vor einigen Monaten im Kreise Jena ein „Dr. Dr. med. Arthur Wesenfeld“, der angab, in Danzig promoviert zu haben und „durch die westdeutschen Verhältnisse an der Ausübung seines Berufes verhindert“ zu sein. Daneben erklärte er, Oberarzt bei einer völlig aufgeriebenen Heeres-einheit gewesen zu sein.

Nachdem die Überprüfung, die

sich immerhin über Wochen erstreckte, nichts Nachtteiliges ergab, sollte er stellvertretender Chefarzt in einem Werk-Ambulatorium werden. Der „Dr. Dr. med. Wesenfeld“ unterschrieb einen „Intelligenzler-Einzelvertrag“. Dann kassierte er einen einmaligen Zuzugs- und Überbrückungskredit in Höhe von 10 000 DM Ost, rückzahlbar in drei Jahren, und — schwand auf Nimmerwiedersehen!

Im Ambulatorium des Werkes weiß man noch heute nicht, warum der stellvertretende Chefarzt Dr. Wesenfeld seinen Posten niemals angetreten hat. Lediglich der SSD weiß inzwischen, daß „Dr. Wesenfeld“ ein ehemaliger Sanitätsfeldwebel namens Gotthold M. ist, der sich mit dem Geld aus dem Staub gemacht hat. Dem medizinischen Nachwuchs in der Zone aber weiß man immer noch nichts Besseres als die KVP-ärztliche Laufbahn vorzuschlagen.

Zuchthaus für Menschenräuber

Berlin (Eigenmeldung). Wegen zweifacher versuchter Verschleppung und Giftbeibringung verurteilte die Zweite Große Straf-kammer in Moabit den 29-jährigen SSD-Agenten Gerhard Beck aus Teltow zu zwölf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Beck hatte im Auftrag des SSD einer Mitarbeiterin des RIAS eine vergiftete Kognakbohne gegeben. Sobald das Gift wirkte, sollte die Frau verschleppt werden. Der Plan mißlang durch einen Zufall. Bei einem weiteren Menschenraubversuch in Westberlin wurde er verhaftet.

Die Methode des SSD, sich mißliebiger Personen aus Westberlin sogar durch Anwendung von Gift zu bemächtigen, sei ebenso neu wie gemein. Nur eine harte Strafe könne hier abschreckend wirken, sagte der Vorsitzende in seiner Urteilsbegründung.

Neuer Raum für Millionen

Süßes Meerwasser und künstlicher Regen

Mehr als ein Drittel der Erdoberfläche sind Wüste — Sand, Geröll, unbewohnte öde. Täglich aber nimmt die Zahl der Erdbewohner um 57 000, nach neuerer Berechnung sogar um 78 000 zu. Wird es gelingen, sie aus dem Boden, der sie geboren hat, zu ernähren?

Eins der Mittel, dieses Ziel zu erreichen, wäre die Bewässerung der Wüsten. Das war der Anlaß für die UNESCO, sich gerade diese Aufgabe als eine Art Steckpferd zu wählen. Ein Handbuch, das sie soeben

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundert dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

herausgibt, zählt etwa 100 Institutionen ihrer 69 Mitgliedsstaaten auf, die sich diesem Problem widmen. Doch jeder arbeitete bisher für sich. So war es eine Tat, als die UNESCO die Initiative ergriff. Sie stellte ein „Wüstenprogramm“ auf.

Der Fachmann weiß, daß man so gut wie jeden Boden kulturfähig machen kann. In allen Wüsten der Welt sind die Geologen daher auf der Suche nach unterirdischem Wasser, wobei sie die neuesten geophysikalischen Methoden anwenden. Allein in dem Gebiet um Mexiko City werden täglich mehr als hundert Brunnen gebohrt.

Doch die Wasservorräte, die Grundwasser und Flüsse liefern, sind nicht unbegrenzt. Seit Jahrhunderten ist daher die Umwandlung des Meerwassers in Süßwasser ein Traum der Menschheit. In den USA, wo das vom Präsidenten eingesetzte „Amt für Salzwasserforschung“ über einen Fünf-Jahres-Etat von zwei Millionen Dollar verfügt, ist man von der baldigen Lösung des Problems überzeugt.

„Künstlicher Regen“ ist die andere erfolgversprechende Methode zur Wüstenbewässerung.

„Diese Methode“, sagt der Leiter der Abteilung Wüstenforschung der UNESCO, James Swarbick, „war heiß umstritten, aber jetzt haben sich die Gemüter beruhigt. Es ist unmöglich, Regen aus einem wolkenlosen Himmel zu zaubern. Doch oft stehen Regenwolken am Himmel und zerstreuen sich, ohne daß es regnet. In diesen Fällen kann man den Regen auf verschiedene Weise erzwingen. Da der natürliche Regen nur etwa 1 Prozent der Luftfeuchtigkeit ausmacht, besteht keine Gefahr, daß durch diese Methoden die Regenvorräte erschöpft werden.“

Nach Swarbicks Angaben haben amerikanische, australische und afrikanische Forscher letzthin so wesentliche Fortschritte erzielt, daß voraussichtlich in einigen Jahren bestimmte Wüstenrandgebiete, die jetzt nur zeitweilig als Weideland dienen, für den Getreidebau nutzbar gemacht werden können.

In der amerikanischen Botschaft in Bonn muß auf ausdrückliche Anweisung Dr. Conants jeder fünf Cents Strafe zahlen, der den Botschafter mit seinem alten Titel „Hochkommissar“ anredet.

„Warum nur fünf Cents“, fragte ein Hamburger Journalist, „warum nicht gleich einen Dollar?“

„Oh, das genügt“, meinte Conant. „Sie glauben gar nicht, wie viele Leute in diesen Fehler verfallen.“

„Kann ich mir gar nicht vorstellen, Herr Hochkommissar“, meinte skeptisch der Journalist.

Conant lächelte: „Fünf Cents, bitte.“

Nix Fernraketen

Ein deutscher Raketenfachmann, der als Spezialist in der Sowjetzone gearbeitet hatte, gab auf der internationalen Raketen-Fachtagung in Essen be-

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Die Arbeit der Bahnhofsmission

Die Zahl der von der Deutschen Evangelischen Bahnhofsmission betreuten Menschen habe sich seit 1939 fast verzehnfacht, sagte der Präsident der Mission bei der Jahrestagung der Bahnhofsmission in Lübeck. Im Jahre 1954 seien in der Sowjetzonenrepublik 1,5 Millionen und in der Bundesrepublik zwei Millionen Menschen betreut worden. Die Zusammenarbeit mit den katholischen Bahnhofsmissionen sei gut.

Jetzt Europa-Dienst

Die Deutsche Lufthansa hat ihren regelmäßigen europäischen Streckendienst nach Madrid, London und Paris eröffnet. Der Europadienst sieht täglich zwei Flüge nach London, wöchentlich zwei Flüge nach Madrid und drei nach der französischen Hauptstadt vor.

Mit dem Flugdienst nach den USA beginnt die Lufthansa am 8. Juni.

„Fünf Cents bitte“

kennt, daß sich die Bemühungen der Sowjets, eine Fernrakete mit größerem Radius als den der V 2 zu entwickeln, als undurchführbar erwiesen haben.

Zusammengeführt

Über 100 000 Breslauer Familien konnten durch die Breslauer Kartei des kirchlichen Suchdienstes bisher wieder zusammengeführt werden.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.